

Stand: 20.06.2026 08:45:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3487

"Solidarität mit Israel - jüdisches Leben in Bayern stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3487 vom 30.09.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3537 vom 08.10.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 08.10.2024



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böltl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Verena Osgyan, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Holger Griebshammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Solidarität mit Israel – jüdisches Leben in Bayern stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag stellt fest:

1. Bayern steht solidarisch und fest an der Seite Israels. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind deutsche und bayerische Staatsräson. Der Landtag bekennt

sich klar zum israelischen Recht auf Selbstverteidigung und zum besonderen Schutzauftrag des Freistaates für jüdisches Leben.

Der Landtag ist zutiefst erschüttert über den brutalen und menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und den nicht zu rechtfertigenden Angriff der iranischen Revolutionsgarden und ihrer Verbündeten auf Israel am 13. April 2024. Der Landtag steht an der Seite der Bürgerinnen und Bürger Israels. Der Landtag verurteilt den bestialischen Terror der Hamas und den groß angelegten Angriff auf das Schärfste und fordert eine umgehende Freilassung aller Geiseln sowie eine Beendigung der Angriffe auf Israel. Die Terrororganisation Hamas und der Iran tragen die Verantwortung für die Eskalation und das dadurch verursachte Leid der Zivilbevölkerung.

Der Landtag unterstreicht, dass sich der Staat Israel, um seine Staatsbürger zu schützen, gegen die barbarischen Angriffe verteidigen und die Angreifer verfolgen muss. Gleichzeitig darf das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die ebenfalls unter dem Terror der Hamas leidet, nicht aus den Augen verloren werden. Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Der Zugang und die Versorgung mit humanitärer Hilfe für die Menschen im Gazastreifen muss erheblich verbessert werden. Der Landtag unterstützt die Friedensbemühungen in der Region, die allerdings das Existenzrecht Israels in keiner Weise in Frage stellen dürfen. Der Landtag begrüßt es daher, dass die Bundesregierung weiterhin entschieden für einen dauerhaften und tragfähigen Frieden eintritt.

2. Bayern und Israel sind enger denn je miteinander verbunden. Der Landtag will diese Verbindungen weiter stärken. Dazu dienen z. B.:
 - Ausbau bayerisch-israelischer Partnerschaften von Städten und Gemeinden.
 - Ausbau der Zusammenarbeit von Gesundheitseinrichtungen, BRK, Feuerwehren, Handwerk, Kammern etc. mit entsprechenden israelischen Einrichtungen.
 - Ausbau der Bayerisch-Israelischen Bildungskooperation des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Jugendrings sowie Ausbau des Schwerpunkts Israel und der Stiftung Jugendaustausch Bayern.
 - Förderung von Austausch und Kooperation im Bereich Kunst und Kultur mit Israel, denn jüdische Stimmen in Kunst und Kultur gehören zu Bayern.
 - Fortsetzung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich Wassermanagement und Bewässerung.
 - Ermutigung der bayerischen Hochschulen zu prüfen, ob neben der Stärkung des „Zentrums für Israel-Studien“ an der Ludwigs-Maximilians-Universität (LMU) eine Ausweitung der Israelforschung sowie von Angeboten der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, jüdischer Kultur- und Geistesgeschichte in Lehre, Forschung und Wissenschaftskommunikation erfolgen kann.
 - Stärkung des Bayerischen Büros in Israel.
 - Kooperationen zwischen bayerischen Gedenkstätten und Einrichtungen zur Erforschung und Erinnerung an die Shoah in Israel (inkl. Yad Vashem) durch die Stiftung Bayerische Gedenkstätten.
 - Ausbau der Kooperation zwischen bayerischen staatlichen Einrichtungen und der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem auf der Basis der Memoranden von 2011, 2018 und 2023.
 - Regelmäßige Fortführung der Bayerisch-Israelischen Freundschaftstage im Landtag.
 - Weitere Austrocknung der Unterstützung und Finanzierung für die Hamas, aber auch für die Hisbollah im Libanon. Die iranischen Revolutionsgarden müssen von der EU als Terrororganisation eingestuft werden. Nur ohne Extremismus ist ein friedliches Miteinander der Menschen möglich.

Dass die Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) von London nach München gezogen ist, ist für Bayern eine hohe Auszeichnung und ein großer Vertrauensvorschuss. Diesem Vertrauen wird der Freistaat nach Überzeugung des Landtags gerecht werden.

3. Der Landtag verurteilt Antisemitismus und jegliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen. Antisemitismus zu bekämpfen, ist Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten. Der Landtag steht entschieden an der Seite der Jüdinnen und Juden. Jeder einzelne Übergriff auf jüdische Bürgerinnen und Bürger in Bayern stellt zugleich auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere offene und pluralistische Gesellschaft und damit auf jeden Einzelnen dar. Der Schutz jüdischen Lebens ergibt sich daher nicht nur aus der Verantwortung vor der Geschichte, sondern ist das Fundament unserer Demokratie. Indem der Freistaat jüdisches Leben in Bayern schützt, verteidigt er unsere Wertordnung.
4. Der Landtag begrüßt deshalb die vielen bestehenden bayerischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und das Engagement des Beauftragten der Staatsregierung gegen Antisemitismus.

Der Landtag toleriert Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nicht. Weder Antizionismus noch Judenhass, antisemitische Gewalt, Hassreden oder die Verherrlichung islamistischer Organisationen werden geduldet. Derartige Straftaten, egal ob von deutschen Staatsbürgern verursacht oder von Migranten, die das Existenzrecht Israels anzweifeln und Judenhass säen, werden in Bayern auch künftig konsequent und umgehend verfolgt. Zusammen mit der Dokumentation antisemitischer Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Bayern) ergibt sich in Bayern folgendes differenziertes Gesamtbild, das der Landtag vollumfänglich begrüßt:

- Bayern hat die Sicherheitsmaßnahmen für israelische und jüdische Einrichtungen bereits verstärkt. Das soll aufrechterhalten und erforderlichenfalls ausgebaut werden.
- Bayern wird sein „Gesamtkonzept für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus“ mit den drei Säulen „Jüdisches Leben stärken, bayerisch-israelische Beziehungen vertiefen, Antisemitismus stoppen“ konsequent weiterentwickeln.
- Bayern wird die Förderung der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit gegen Antisemitismus verstärken.
- Um die Integration und die Anerkennung unserer Werte zu stärken, werden wir die Wertebildung in unseren Integrationsangeboten sowie in Kitas, Kindergärten und Schulen sowie die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus weiter intensivieren. Der Kampf gegen Antisemitismus ist auch in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Präventionsarbeit von besonderer Bedeutung, da außerschulische Lernorte heute wichtige Komplementärangebote zum schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag darstellen.
- Die politische Bildung einschließlich der Friedenserziehung sowie Antisemitismus- und Extremismusprävention sind ein wichtiger Teil bayerischer Schulbildung und fest im Lehrplan verankert. Auch die Erinnerungsarbeit nimmt im Lehrplan aller bayerischen Schulen (u. a. in den Fächern Geschichte, Politik und Gesellschaft, Religionslehre und Ethik) einen hohen Stellenwert ein. Der Landtag erkennt die unverzichtbare Leistung der bayerischen Schulen bei der Bekämpfung von Antisemitismus an und stärkt sowohl die Politische Bildung als auch die Demokratie- und Wertebildung an allen Schularten sowie die Vertiefung der bayerisch-israelischen Beziehungen.
- Als Einladung für ein künstlerisches Miteinander hat Bayern ein Sonderprogramm zur Förderung des bayerisch-israelischen Kulturaustausches aufgelegt. Mit dem Sonderprogramm soll der künstlerische Austausch und die Bildung von Netzwerken mit israelischen Partnern angestoßen und ausgebaut werden.

- Auf die Antisemitismus- und Extremismusprävention soll auch im Rahmen von Fortbildungen der staatlichen Verwaltung, insbesondere des Rechtsvollzugs, weiterhin ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

5. Der Landtag

- setzt sich daher für die Fortentwicklung des „Gesamtkonzepts Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ ein und unterstützt den Ausbau bestehender Themenportale und Präventionsprogramme.
- unterstützt die Stärkung des Gesamtkonzepts „Erinnerungskultur“ und baut die Förderung unserer Erinnerungskultur und die vielfältige Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger aus.
- unterstützt die Entwicklung neuer Erinnerungsformate in Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, der Wissenschaft, mit Opferverbänden und weiteren relevanten Akteuren.
- versetzt Bayerns Hochschulen als Orte des freien Diskurses in die Lage, auf antisemitische Gewalt und Propaganda, die die Freiheit jüdischer Studenten und Forscher in Studium und Wissenschaft gefährden, noch besser und konsequenter reagieren zu können.
- unterstützt die Stiftung Bayerische Gedenkstätten weiterhin bei der Umsetzung der Neugestaltungen der beiden KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg und stärkt den Ausbau und die Weiterentwicklung moderner didaktischer Konzepte. Die Einbindung des Steinbruchareals in die Gedenkstättenarbeit in Flossenbürg wird ebenfalls nachdrücklich unterstützt.
- fordert und fördert den Besuch von mindestens einer KZ-Gedenkstätte oder vergleichbarer Einrichtungen der Erinnerungskultur zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus durch jede Schülerin und jeden Schüler in Bayern.
- intensiviert den Schüleraustausch zwischen Bayern und Israel.
- befürwortet ausdrücklich den Einsatz von Zeitzeugen der Schoah bzw. deren Nachfahren in der Bildungs- und Erinnerungsarbeit.
- setzt sich für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Präventionsarbeit gegen Antisemitismus ein und unterstützt den Ausbau der bayernweiten Informations- und Sensibilisierungsarbeit durch die RIAS Bayern. Dabei soll auch der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 einbezogen werden.
- fordert Antisemitismusprävention als verpflichtenden Bestandteil des Vorbereitungsdienstes angehender Lehrkräfte aller Schularten im Bereich „Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung“ und/oder „Pädagogik“ ein und ein Ausbildungsmodul „Antisemitismus“ im Lehramtsstudium.
- unterstützt das Schulportal „Bayern gegen Antisemitismus“, das bereits heute Lehrkräften umfangreiche Handlungsempfehlungen bietet. Wir intensivieren die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in Bezug auf (israelbezogenen) Antisemitismus und ergänzen diese um aktuelle Lehrmaterialien unter anderem zur Geschichte des Judentums und Israels.
- fordert die Träger außerschulischer Bildungsarbeit dazu auf, Wissen über jüdisches Leben zu vermitteln und die Prävention gegen Antisemitismus auszubauen.
- fordert eine der historischen Verantwortung angemessene finanzielle Beteiligung bei Bildungs- und Erinnerungsarbeiten sowie beim Unterhalt und der Konservierung der denkmalgeschützten Bauten aus der NS-Zeit durch den Bund.
- unterstützt den künstlerischen Austausch mit Israel, wofür bereits ein eigenes Sonderprogramm aufgelegt wurde.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Verena Osgyan, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoglu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Holger Grieshammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/3487

Solidarität mit Israel – jüdisches Leben in Bayern stärken

Der Bayerische Landtag stellt fest:

1. Bayern steht solidarisch und fest an der Seite Israels. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind deutsche und bayerische Staatsräson. Der Landtag bekennt sich klar zum israelischen Recht auf Selbstverteidigung und zum besonderen Schutzauftrag des Freistaates für jüdisches Leben.

Der Landtag ist zutiefst erschüttert über den brutalen und menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und den nicht zu rechtfertigenden Angriff der iranischen Revolutionsgarden und ihrer Verbündeten auf Israel am 13. April 2024. Der Landtag steht an der Seite der Bürgerinnen und Bürger Israels. Der Landtag verurteilt den bestialischen Terror der Hamas und den groß angelegten Angriff auf das Schärfste und fordert eine umgehende Freilassung aller Geiseln sowie eine Beendigung der Angriffe auf Israel. Die Terrororganisation Hamas und der Iran tragen die Verantwortung für die Eskalation und das dadurch verursachte Leid der Zivilbevölkerung.

Der Landtag unterstreicht, dass sich der Staat Israel, um seine Staatsbürger zu schützen, gegen die barbarischen Angriffe verteidigen und die Angreifer verfolgen muss. Gleichzeitig darf das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die ebenfalls unter dem Terror der Hamas leidet, nicht aus den Augen verloren werden. Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Der Zugang und die Versorgung mit humanitärer Hilfe für die Menschen im Gazastreifen muss erheblich verbessert werden. Der Landtag unterstützt die Friedensbemühungen in der Region, die allerdings das Existenzrecht Israels in keiner Weise infrage stellen dürfen. Der Landtag begrüßt es daher, dass die Bundesregierung weiterhin entschieden für einen dauerhaften und tragfähigen Frieden eintritt.

2. Bayern und Israel sind enger denn je miteinander verbunden. Der Landtag will diese Verbindungen weiter stärken. Dazu dienen z. B.:
 - Ausbau bayerisch-israelischer Partnerschaften von Städten und Gemeinden.
 - Ausbau der Zusammenarbeit von Gesundheitseinrichtungen, BRK, Feuerwehren, Handwerk, Kammern etc. mit entsprechenden israelischen Einrichtungen.
 - Ausbau der Bayerisch-Israelischen Bildungskooperation des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Jugendrings sowie Ausbau des Schwerpunkts Israel und der Stiftung Jugendaustausch Bayern.
 - Förderung von Austausch und Kooperation im Bereich Kunst und Kultur mit Israel, denn jüdische Stimmen in Kunst und Kultur gehören zu Bayern.
 - Fortsetzung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich Wassermanagement und Bewässerung.
 - Ermutigung der bayerischen Hochschulen zu prüfen, ob neben der Stärkung des „Zentrums für Israel-Studien“ an der Ludwigs-Maximilians-Universität (LMU) eine Ausweitung der Israelforschung sowie von Angeboten der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, jüdischer Kultur- und Geistesgeschichte in Lehre, Forschung und Wissenschaftskommunikation erfolgen kann.
 - Stärkung des Bayerischen Büros in Israel.
 - Kooperationen zwischen bayerischen Gedenkstätten und Einrichtungen zur Erforschung und Erinnerung an die Shoah in Israel (inkl. Yad Vashem) durch die Stiftung Bayerische Gedenkstätten.
 - Ausbau der Kooperation zwischen bayerischen staatlichen Einrichtungen und der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem auf der Basis der Memoranden von 2011, 2018 und 2023.

- Regelmäßige Fortführung der Bayerisch-Israelischen Freundschaftstage im Landtag.
- Weitere Austrocknung der Unterstützung und Finanzierung für die Hamas, aber auch für die Hisbollah im Libanon. Die iranischen Revolutionsgarden müssen von der EU als Terrororganisation eingestuft werden. Nur ohne Extremismus ist ein friedliches Miteinander der Menschen möglich.

Dass die Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) von London nach München gezogen ist, ist für Bayern eine hohe Auszeichnung und ein großer Vertrauensvorschuss. Diesem Vertrauen wird der Freistaat nach Überzeugung des Landtags gerecht werden.

3. Der Landtag verurteilt Antisemitismus und jegliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen. Antisemitismus zu bekämpfen, ist Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten. Der Landtag steht entschieden an der Seite der Jüdinnen und Juden. Jeder einzelne Übergriff auf jüdische Bürgerinnen und Bürger in Bayern stellt zugleich auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere offene und pluralistische Gesellschaft und damit auf jeden Einzelnen dar. Der Schutz jüdischen Lebens ergibt sich daher nicht nur aus der Verantwortung vor der Geschichte, sondern ist das Fundament unserer Demokratie. Indem der Freistaat jüdisches Leben in Bayern schützt, verteidigt er unsere Wertordnung.
4. Der Landtag begrüßt deshalb die vielen bestehenden bayerischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und das Engagement des Beauftragten der Staatsregierung gegen Antisemitismus.

Der Landtag toleriert Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nicht. Weder Antizionismus noch Judenhass, antisemitische Gewalt, Hassreden oder die Verherrlichung islamistischer Organisationen werden geduldet. Derartige Straftaten, egal ob von deutschen Staatsbürgern verursacht oder von Migranten, die das Existenzrecht Israels anzweifeln und Judenhass säen, werden in Bayern auch künftig konsequent und umgehend verfolgt. Zusammen mit der Dokumentation antisemitischer Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Bayern) ergibt sich in Bayern folgendes differenziertes Gesamtbild, das der Landtag vollumfänglich begrüßt:

- Bayern hat die Sicherheitsmaßnahmen für israelische und jüdische Einrichtungen bereits verstärkt. Das soll aufrechterhalten und erforderlichenfalls ausgebaut werden.
- Bayern wird sein „Gesamtkonzept für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus“ mit den drei Säulen „Jüdisches Leben stärken, bayerisch-israelische Beziehungen vertiefen, Antisemitismus stoppen“ konsequent weiterentwickeln.
- Bayern wird die Förderung der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit gegen Antisemitismus verstärken.
- Um die Integration und die Anerkennung unserer Werte zu stärken, werden wir die Wertebildung in unseren Integrationsangeboten sowie in Kitas, Kindergärten und Schulen sowie die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus weiter intensivieren. Der Kampf gegen Antisemitismus ist auch in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Präventionsarbeit von besonderer Bedeutung, da außerschulische Lernorte heute wichtige Komplementärangebote zum schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag darstellen.

- Die politische Bildung einschließlich der Friedenserziehung sowie Antisemitismus- und Extremismusprävention sind ein wichtiger Teil bayerischer Schulbildung und fest im Lehrplan verankert. Auch die Erinnerungsarbeit nimmt im Lehrplan aller bayerischen Schulen (u. a. in den Fächern Geschichte, Politik und Gesellschaft, Religionslehre und Ethik) einen hohen Stellenwert ein. Der Landtag erkennt die unverzichtbare Leistung der bayerischen Schulen bei der Bekämpfung von Antisemitismus an und stärkt sowohl die Politische Bildung als auch die Demokratie- und Wertebildung an allen Schularten sowie die Vertiefung der bayerisch-israelischen Beziehungen.
- Als Einladung für ein künstlerisches Miteinander hat Bayern ein Sonderprogramm zur Förderung des bayerisch-israelischen Kulturaustausches aufgelegt. Mit dem Sonderprogramm sollen der künstlerische Austausch und die Bildung von Netzwerken mit israelischen Partnern angestoßen und ausgebaut werden.
- Auf die Antisemitismus- und Extremismusprävention soll auch im Rahmen von Fortbildungen der staatlichen Verwaltung, insbesondere des Rechtsvollzugs, weiterhin ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

5. Der Landtag

- setzt sich daher für die Fortentwicklung des „Gesamtkonzepts Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ ein und unterstützt den Ausbau bestehender Themenportale und Präventionsprogramme.
- unterstützt die Stärkung des Gesamtkonzepts „Erinnerungskultur“ und baut die Förderung unserer Erinnerungskultur und die vielfältige Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger aus.
- unterstützt die Entwicklung neuer Erinnerungsformate in Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, der Wissenschaft, mit Opferverbänden und weiteren relevanten Akteuren.
- versetzt Bayerns Hochschulen als Orte des freien Diskurses in die Lage, auf antisemitische Gewalt und Propaganda, die die Freiheit jüdischer Studenten und Forscher in Studium und Wissenschaft gefährden, noch besser und konsequenter reagieren zu können.
- unterstützt die Stiftung Bayerische Gedenkstätten weiterhin bei der Umsetzung der Neugestaltungen der beiden KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg und stärkt den Ausbau und die Weiterentwicklung moderner didaktischer Konzepte. Die Einbindung des Steinbruchareals in die Gedenkstättenarbeit in Flossenbürg wird ebenfalls nachdrücklich unterstützt.
- fordert und fördert den Besuch von mindestens einer KZ-Gedenkstätte oder vergleichbarer Einrichtungen der Erinnerungskultur zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus durch jede Schülerin und jeden Schüler in Bayern.
- intensiviert den Schüleraustausch zwischen Bayern und Israel.
- befürwortet ausdrücklich den Einsatz von Zeitzeugen der Schoah bzw. deren Nachfahren in der Bildungs- und Erinnerungsarbeit.
- setzt sich für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Präventionsarbeit gegen Antisemitismus ein und unterstützt den Ausbau der bayernweiten Informations- und Sensibilisierungsarbeit durch die RIAS Bayern. Dabei soll auch der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 einbezogen werden.
- fordert Antisemitismusprävention als verpflichtenden Bestandteil des Vorbereitungsdienstes angehender Lehrkräfte aller Schularten im Bereich „Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung“ und/oder „Pädagogik“ ein und ein Ausbildungsmodul „Antisemitismus“ im Lehramtsstudium.

- unterstützt das Schulportal „Bayern gegen Antisemitismus“, das bereits heute Lehrkräften umfangreiche Handlungsempfehlungen bietet. Wir intensivieren die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in Bezug auf (israelbezogenen) Antisemitismus und ergänzen diese um aktuelle Lehrmaterialien unter anderem zur Geschichte des Judentums und Israels.
- fordert die Träger außerschulischer Bildungsarbeit dazu auf, Wissen über jüdisches Leben zu vermitteln und die Prävention gegen Antisemitismus auszubauen.
- fordert eine der historischen Verantwortung angemessene finanzielle Beteiligung bei Bildungs- und Erinnerungsarbeiten sowie beim Unterhalt und der Konservierung der denkmalgeschützten Bauten aus der NS-Zeit durch den Bund.
- unterstützt den künstlerischen Austausch mit Israel, wofür bereits ein eigenes Sonderprogramm aufgelegt wurde.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Klaus Holetschek

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Katharina Schulze

Abg. Holger Gießhammer

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Streibl

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Dr. Ludwig Spaenle

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Antrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

**Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion (SPD)

Solidarität mit Israel - jüdisches Leben in Bayern stärken (Drs. 19/3487)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit von 29 Minuten festgelegt. Der erste Redner ist der Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek für die CSU-Fraktion.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang noch einmal unsere Ehrengäste auf der Besuchertribüne sehr herzlich begrüßen, vor allem Frau Dr. Knobloch. Ich möchte diese Rede zum Anlass nehmen, Ihnen, liebe Frau Dr. Knobloch, an dieser Stelle herzlich zu danken. Sie geben uns Haltung, Stimme, und Sie sind ein Vorbild. Ich habe größten Respekt vor dem, was Sie uns zu sagen haben. Herzlichen Dank und Vergelts Gott für dieses große Wirken!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich darf mich außerdem bei Ludwig Spaenle, unserem Antisemitismusbeauftragten, bedanken, der heute hier ist. Ich danke außerdem Karl Freller, unserem Stiftungsdirektor. Wir tun gut daran, uns an einem solchen Tag alle zusammen unterzuhaken. Genau dies tun die demokratischen Fraktionen dieses Landtags heute. Katharina, vielen Dank für diese Initiative! Vielen Dank auch an meine Kollegen der FREIEN WÄHLER und der SPD! Wir stehen heute in schwierigen Zeiten zusammen. Es zeichnet uns aus, dass wir ein gemeinsames Thema formulieren können, hinter dem wir ste-

hen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haltung und Orientierung sind in diesen Zeiten wichtiger denn je.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich beginne mit dem Wunsch Shalom Aleichem. Das ist der Wunsch, den wir alle haben: Frieden! Uns verbindet in diesen unruhigen Zeiten der Wunsch nach Frieden mehr denn je. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frieden kann es aber nur geben, wenn es auch Verantwortung und Sicherheit gibt. Ich stehe noch unter dem Eindruck der gestrigen Veranstaltung in der Synagoge. Ich möchte unserem Ministerpräsidenten und auch unserer Landtagspräsidentin noch einmal sehr herzlich für die klaren und bewegenden Worte gestern danken.

Ich möchte aber auch sagen: Wenn wir Frieden erbitten, dann werben wir auch dafür, dass eine Nation wie Israel, die unter Beschuss steht und die vor einem Jahr brutal überfallen worden ist, das Recht hat, sich zu verteidigen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Hier darf es keine Täter-Opfer-Umkehr geben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Der Täter ist nicht Israel, die Täter sind die Hamas und die Hisbollah. Ich war gestern tief bewegt, als Dafna Gerstner da war, die Überlebende eines Massakers in einem Kibbuz. Wer sie gestern gehört hat und wer ein Herz hat, der muss überlegen, was da passiert ist: Tausende wurden in einem Blutrausch brutal hingemetzelt, Mädchen, Schwangere, Kinder und Alte. Wir haben hier im Landtag selbst mit Angehörigen sprechen können. Wer meint, auf unseren Straßen das Gegenteil propagieren, demonstrieren und irgendwelche Parolen sprechen zu müssen, hat die Botschaft nicht verstanden, worum es hier geht: um die Existenz Israels.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Es geht nicht nur um einen Begriff wie Staatsräson. Es geht um das Leben von Menschen. Wer uns angreift, greift auch Israel an. Wer Israel angreift, greift auch uns an. Ich will es noch einmal sehr deutlich sagen: Diese 101 Geiseln, die immer noch irgendwo in Tunneln versteckt sind, müssen jetzt freigelassen werden. Bring them home now!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen werden wir auch nicht zulassen, dass Antisemitismus auf unseren Straßen um sich greift. Antisemitismus ist Hass, und Hass hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Das Schutzversprechen, das unser Ministerpräsident immer wieder gibt, ist auch unser Schutzversprechen als Gesellschaft, als Zivilgesellschaft. Lassen wir es nirgends zu, dass Jüdinnen und Juden Angst davor haben müssen, dass ihnen etwas passiert. Schauen wir mit Zivilcourage hin, helfen wir! Es geht um die Menschen, und die Menschen haben verdient, dass wir sie schützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Und wir tun das auch, beispielsweise als es vor Kurzem dieses Attentat auf das Generalkonsulat hier in München gab. Ich will der Polizei noch einmal danken, weil unsere Polizistinnen und Polizisten mit Herz dabei sind, wenn es um dieses Schutzversprechen geht. Sie leisten Großartiges und haben das wieder bewiesen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen werden wir auch den politischen Islam bekämpfen. Ich sage das hier in aller Deutlichkeit: Wer sich zu den Werten – dazu gehört Israel – nicht bekennt, hat in unserem Land nichts verloren, und den brauchen wir hier auch nicht. Ich sage das klipp und klar.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen werden wir alles dafür tun, an den Themen, die wir in der Resolution unterstrichen haben, weiterzuarbeiten: Jugendaustausch, Städtepartnerschaften, Stärkung der Erinnerungskultur, aufpassen, dass Antisemitismus an unseren Hochschulen nicht um sich greift, und im Notfall als Konsequenz exmatrikulieren. All das müssen wir weiter übernehmen bis hin zur Frage, wie wir mit dem Straftatbestand "Volksverhetzung" umgehen, wenn Israel angegriffen wird. Das sind Dinge, die wir umsetzen wollen. Der Rechtsstaat muss hier mit aller Härte durchgreifen, wenn es darauf ankommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Deswegen ist die Debatte heute auch emotional. Ich will Folgendes noch zum Abschluss sagen: Es geht nicht nur um Papier, nicht nur um Resolutionen. Es geht an dieser Stelle um Menschen und eine menschenwürdige Gesellschaft. Schaffen wir es, die Würde der Menschen, die wir ernst nehmen, zu verteidigen, und schaffen wir es, die unverbrüchliche Freundschaft zu Israel tatsächlich auch zu zeigen. – Ich glaube, wir schaffen das. Wir zeigen das heute an dieser Stelle.

Ich will mit dem Ausspruch enden: "Am Israel Chai."

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Katharina Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Knobloch, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie haben eine Tochter, die auf ein Musikfestival geht. Sie wünschen ihr viel Spaß, und auf einmal bekommen Sie eine Nachricht: "Mama, Papa, ich habe Angst." Danach kommt: "Ich habe euch lieb." Das nächste Mal, wenn Sie Ihre Tochter sehen, ist sie eine Leiche

unter einem Leichentuch. – So etwas ist kaum vorstellbar, und so etwas ist kaum auszuhalten. Aber das ist Realität für viele Eltern.

Die Terrororganisation, die dafür verantwortlich ist, heißt Hamas. Sie hat am 7. Oktober 2023 über 1.200 Menschen ermordet. An keinem anderen Tag seit dem Holocaust wurden mehr Jüdinnen und Juden ermordet. Die Hamas hat unzählige Menschen verletzt und 239 Menschen als Geiseln genommen. Unter den Geiseln ist auch immer noch Kfir Bibas. Er war damals neun Monate alt, jetzt ist er fast zwei Jahre alt und immer noch nicht zu Hause. Seine Geschichte bewegt mich sehr, nicht nur weil ich gerade selbst ein kleines Baby habe. Ich kann immer nur wiederholen: Kleine Kinder gehören mit ihren Eltern in Sicherheit und nicht in die Hände von Terroristen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

All das ist in unzähligen Videos dokumentiert; die Gräueltaten der Hamas lassen sich also nicht wegdiskutieren. Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, versuchen das einige, auch in unserem Land. Sie gehen auf die Straße und sprechen Israel das Existenzrecht ab. Sie bedrohen israelische Restaurants, sie schütten ihren Hass und Antisemitismus im Netz aus, und es gibt tätliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden. Antisemitische Vorfälle sind im letzten Jahr explodiert, auch in Bayern. Das Gift des Antisemitismus ist also sichtbar, und die Folge wird uns von Jüdinnen und Juden regelmäßig erzählt: Sie fühlen sich nicht mehr sicher in ihrem Land. Acht Jahrzehnte nach dem Holocaust darf das nicht die neue Realität werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin ein Mensch wie Sie auch, und deswegen bewegen auch mich natürlich die Bilder aus dem Gazastreifen. Der Zugang zu und die Versorgung mit humanitärer Hilfe muss erheblich verbessert werden. Es ist richtig, dass unsere Bundesregierung weiterhin entschieden für einen dauerhaften und tragfähigen Frieden in der Region eintritt. Bei dieser Debatte muss man aber immer wieder

klarstellen, wer hier der Aggressor ist: Der Aggressor ist die Terrororganisation Hamas.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deswegen haben wir in unsere Resolution klar und deutlich hineingeschrieben, dass alle Geiseln sofort freigelassen werden müssen und dass die Hamas zusammen mit ihren Verbündeten die Angriffe auf Israel sofort einstellen muss. – Das fordern wir hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das ist aber nicht alles, was in der Resolution steht. Ich möchte mich ganz herzlich bei meinen Fraktionsvorsitzendenkollegen Klaus Holetschek, Florian Streibl und Holger Gießhammer für die wirklich sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Wir haben anhand folgender Leitsätze eine konkrete Resolution dazu erarbeitet, was wir in Bayern tun können. Diese Resolution sagt ganz klar und deutlich, dass wir an der Seite der Jüdinnen und Juden stehen, dass wir jegliche Art des Antisemitismus bekämpfen und dass der Schutz des jüdischen Lebens für uns unverhandelbar ist und wir ihn stärken wollen.

Darum finden wir in der Resolution viele konkrete Beispiele von mehr Zusammenarbeit in Kunst und Kultur, in der Hochschule, bei Städtepartnerschaften bis hin zu mehr politischer Bildung, angefangen in der Kita bis außerhalb der Schule – all das mit einem klaren Hinweis und Bekenntnis an die Bayerische Staatsregierung und den Bayerischen Landtag, dass wir als demokratische Fraktionen nicht lockerlassen und weiter daran arbeiten, diese Themen voranzutreiben. Heute senden wir ein klares Zeichen: Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden. Wir trauern heute mit allen Menschen, die ihre Liebsten verloren haben, wir gedenken der Angehörigen und stehen fest an der Seite der Jüdinnen und Juden sowie an der Seite Israels.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD Holger Grießhammer.

Holger Grießhammer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, insbesondere liebe Frau Knobloch! Letzte Woche hat das jüdische Neujahr begonnen, und der Gruß Chatima towa bedeutet sinngemäß: eine gute Einschreibung in das Buch des Lebens.

Gestern war der Jahrestag eines unbeschreiblichen Massakers. Die Hamas hat unschuldigen Menschen – Männern, Frauen, Kindern und sogar Babys – dieses Leben einfach genommen. Wir alle haben die grausamen Videos im Kopf, die die Terroristen in ihrer Mordlust sogar ins Internet gestellt haben. Junge Menschen, die ein Musikfestival besuchten, wurden bestialisch ermordet, Frauen wurden vergewaltigt und Häuser angezündet. Geiseln sind auch ein Jahr danach noch immer verschleppt, und wir rufen gemeinsam mit den verzweifelten Angehörigen: "Bring them home now!"

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh und dankbar, dass wir als demokratische Fraktionen im Hohen Haus diese Resolution gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Das zeigt: Wir halten zusammen, wir stehen zu Israel, wir stehen zu Israel aus einer tiefen und echten Freundschaft. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, und Israel hat das Recht, sich selbst zu verteidigen. Aus dieser Freundschaft heraus setzen wir uns genauso wie die Bundesregierung für einen dauerhaften Frieden ein. Selbstverständlich muss die Zivilbevölkerung auf allen Seiten der Konflikte geschützt werden, und es muss humanitäre Hilfe geleistet werden; auch das haben wir in der Resolution festgehalten. Ja, Bayern steht fest an der Seite Israels. Ja, jüdisches Leben gehört zu Bayern.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir schützen jüdisches Leben. Es macht mich traurig, wie der Antisemitismus bei uns zunimmt und israelische Einrichtungen geschützt werden müssen. Klar ist, dass wir alles zu ihrem Schutz tun werden und wir dem Antisemitismus mit aller Kraft entgegenreten. Wir alle wissen, wo das hinführen kann. Deswegen gilt auch für uns als SPD: Nie wieder ist jetzt!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Was wollen wir tun? – Wir als Landtag senden ein klares Signal, dass Antisemitismus in Bayern keinen Platz hat. Ich danke der bayerischen Polizei und dem Innenminister ausdrücklich für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir wollen auch Vorurteile abbauen, wir wollen mehr Präventionsarbeit an Schulen, wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal eine KZ-Gedenkstätte besucht.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kollegen, ein Schlüssel für die bayerisch-israelischen Beziehungen ist sicherlich auch die Jugendarbeit. Es gibt tolle Städtepartnerschaften, etliche Jugendaustauschprogramme, und viele Schulen pflegen Partnerschaften mit Israel. All das wollen wir ausbauen. Wenn sich junge Menschen gegenseitig besuchen, die andere Kultur kennenlernen, sich anfreunden und die positiven Erfahrungen weitertragen, dann entsteht echte Völkerverständigung. Ein Beispiel ist die kleine Gemeinde Ammerthal in der Oberpfalz. Dort wird seit 1988 eine lebendige Partnerschaft mit Hevel Modiin gepflegt. Jährlich gibt es einen Jugendaustausch, bei dem junge Menschen in Gastfamilien untergebracht sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei Ihnen und euch allen für die gemeinsame Initiative und dieses starke gemeinsame Zeichen.

Liebe Frau Knobloch, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz. Ich bedanke mich auch bei allen, die mit uns gemeinsam gegen Antisemitismus kämpfen.

Ich beende meinen Redebeitrag mit einem wunderbaren hebräischen Gruß, weil es das ist, was wir uns alle wünschen: Schalom!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der AfD Frau Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Großverbrechen der islamistischen Hamas vom 7. Oktober stellt auch für deutsche Juden eine Zeitenwende dar. Gruppierungen aus Islamisten und Linken fordern am Tag der Deutschen Einheit in Berlin den Tod jüdischer Menschen, neben Palästina-Flaggen sind Hammer und Sichel zu sehen. Teilnehmer fordern "Hamas" und "Intifada" sowie die Bombardierung Tel Avivs. Der Chefredakteur der "Jüdischen Allgemeinen" Philipp Peyman Engel nannte diese Aufmärsche kürzlich im Deutschlandfunk – ich zitiere –: "nicht propalästinensisch, sondern israelfeindlich und antisemitisch". Der Islamismus habe dabei letztlich den gesamten Westen und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung im Visier.

All das ist Folge Ihrer Unkenntnis des politischen Islam und Ihrer katastrophalen, falschen Migrationspolitik, und zwar nicht erst seit 2015.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag ist daher Augenwischerei. Zwar teilen wir zu 100 % Ihre Forderung, dem Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten

(Florian von Brunn (SPD): Darum haben Sie auch so geklatscht!)

und das Existenzrecht Israels unbedingt sicherzustellen. Doch einmal mehr stehen Sie sich aus Ihrer Verantwortung. Sie wollen Juden in Bayern schützen, doch dabei verschweigen Sie, wie es Karl Lagerfeld einmal sagte, hunderttausendfach Judenfeinde ins Land gelassen zu haben. Sie konnten den in Tirschenreuth lebenden und als enorm gefährlich eingestuften IS-Anhänger Abdulhadi B. bis heute nicht abschieben. Dieser und seine Gesinnungsgenossen bedrohen übrigens auch Christen und damit uns alle in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Claudia Roth begrüßte den Massenmörder und Holocaust-Leugner Ali Attar mit "High Five". Bundespräsident Steinmeier gratulierte dem iranischen Regime zum Jahrestag der Islamischen Revolution. Der Iran fordert die Auslöschung Israels und finanziert die Hisbollah, deren vollständiges Verbot die AfD als einzige deutsche Partei fordert.

(Beifall bei der AfD)

SPD und GRÜNE unterstützen antisemitische Organisationen wie Antifa und Fridays for Future und deren Ikone Greta Thunberg.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie machen Hetze an diesem Pult!)

Die Jusos sind mit der Fatah-Jugend verbrüdet.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Widerlich!)

CSU und FREIE WÄHLER fördern über den Bayerischen Jugendring wiederum Gruppen wie die DITIB-Jugend die, um es vorsichtig zu sagen, nicht eben für ihre Israelfreundlichkeit bekannt ist. Selbst der Verfassungsschutz darf über zahllose Fake-Accounts volksverhetzende Straftaten begehen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Da kennen Sie sich besonders gut aus!)

Sie sprechen aber davon, Sicherheit und das Existenzrecht Israels seien deutsche und bayerische Staatsräson. Meine Damen und Herren, dass Sicherheit und das Existenzrecht Israels hohe Ziele deutscher Außenpolitik sind und bleiben müssen, findet unsere 100-prozentige Zustimmung. Aber es geht uns zu weit, hier von Staatsräson zu sprechen. Es ist nämlich überhaupt noch nicht geklärt, ob sich das Konzept der Staatsräson mit unserer demokratischen Grundordnung verträgt und ob dieses mit der Bindung von Regierung und Verwaltung an Recht und Gesetz vereinbar ist; denn

(Volkmar Halbleib (SPD): Da kann man nur noch den Kopf schütteln!)

– ich zitiere –: "[...] die Idee der Staatsräson [steht] im Gegensatz zur Idee des Rechts und des Rechtsstaats", so der Staatsrechtler Helmut Rumpf. Die Direktorin am Max-Planck-Institut für Rechtstheorie in Frankfurt Marietta Auer ergänzt, dass Staatsräson ein politischer, kein staatsrechtlicher Begriff sei, der eigentlich bedeute, das Überleben des eigenen Staates über alles andere zu setzen.

Ich sage es mit aller Deutlichkeit: Wir als AfD-Fraktion bekennen uns zur Solidarität mit Israel.

(Beifall bei der AfD)

Wir bekennen uns aber auch zum Rechtsstaatsprinzip, demzufolge nur in Artikel 20 des Grundgesetzes Ermächtigungsgrundlage und Gesetzesvorbehalt staatlichen Handelns legitimiert ist. Mit den von Ihnen geforderten gut gemeinten Maßnahmen wollen Sie massenhaft fördern und ausbauen, also noch mehr deutsches Steuergeld aufwenden, wobei Sie aber die eigentlichen Wurzeln des Antisemitismus in Deutschland mit Geld begießen. Rafael Korenzecher, Chefredakteur der "Jüdischen Rundschau", sagte dazu im Kontrafunk: Die Angriffe auf Juden erfolgen heute – Zitat – "ausschließlich mit geringen Ausnahmen von islamischer Seite". Der israelische Historiker Manfred Gerstenfeld stellte fest, – Zitat –: "Im 21. Jahrhundert wurden alle in Europa begangenen Morde an Juden, die getötet wurden, weil sie Juden waren, von Moslems begangen."

Wenn Sie es mit der Bekämpfung des Antisemitismus in Bayern ernst meinen, dann würden Sie uns heute ein Konzept vorlegen, wie in Bayern der politische Islam bekämpft werden müsste. Stattdessen kommt diese Wurzel des Antisemitismus in Ihrem Antrag nicht einmal vor.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben diesen Antrag bewusst wieder einmal ohne unsere Beteiligung eingebracht, weil Sie ganz genau wissen, dass wir die Wurzel des heutigen Antisemitismus klar benannt hätten. Wenn es in Bayern eine Staatsräson gibt, dann die, dass alle Bürgerinnen und Bürger hier in Sicherheit leben können. Wir sind die Nachgeborenen der Vergangenheit und die Zeugen der Gegenwart.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Denken Sie bitte an die Redezeit.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster hat der Herr Fraktionsvorsitzende Florian Streibl um das Wort gebeten.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Knobloch, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich meinen Dank an meine Kolleginnen und Kollegen Fraktionsvorsitzenden dafür aussprechen, dass wir heute diese Resolution in dieser Einmütigkeit beschließen werden. Danke an euch alle!

Der 7. Oktober 2023 geht in die Geschichte als Datum ein, das unsere Welt verändert hat. Vor einem Jahr wurde aus Gaza heraus ein unvorstellbar abscheuliches, heimtückisches Verbrechen an Israel begangen – ein Verbrechen, welches seit Gründung des Staates Israel in seiner grausamen Dimension einmalig ist. Über 1.200 Menschen, die nur in Frieden leben wollten, die in Frieden lieben wollten, die einfach nur jung und

unbeschwert sein wollten, die einfach nur Mensch sein wollten, wurden von einer dämonischen Brutalität heimgesucht, missbraucht, geschändet und gemordet. Das Blut dieser unschuldig Geschändeten und Gemordeten, das die Straßen und die Erde Israels tränkte, schreit zum Himmel. Ihr Blut schreit um Gerechtigkeit. Es schreit in die Welt hinein. Und wir – wir alle – haben diesen Ruf vernommen und gehört – diesen Ruf nach Gerechtigkeit für die Opfer, nach Freiheit für die Verschleppten und Trost für die Hinterbliebenen.

Eines muss auch klar sein: Dieser schreckliche Angriff auf Israel galt nicht nur Israel, sondern er galt uns allen. Er galt allen, die freiheitlich und demokratisch denken. Es ist ein Angriff auf unsere Grundwerte, ein Angriff auf unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Der Kampf gegen Antisemitismus und der Schutz jüdischen Lebens ist eine zentrale Aufgabe unseres demokratischen Rechtsstaats und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; denn mit der Gründung des Staates Israel 1948 war stets auch das Versprechen der westlichen Welt und insbesondere Deutschlands verknüpft, das israelische Volk gegen Hass, Diskriminierung und Hetze zu schützen und jeder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders auch den Polizisten danken, die am Jahrestag des Olympiaattentats so beherzt, mutig und konsequent eingegriffen haben, um Schlimmeres zu verhindern. Wir müssen dessen gewahr sein, dass so etwas immer wieder passieren kann. Aber wir müssen dagegenstehen. Danke schön an unsere bayerische Polizei!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen weiterhin Flagge zeigen. Solange eine Terrormiliz Hisbollah, Hamas und das Mullah-Regime im Iran ihr Unwesen treiben, wird es in Nahost keinen Frieden geben. Das muss uns klar sein; denn die sind das Problem und nicht die Lösung des Problems.

Es geht hier nicht nur um territoriale Ansprüche, sondern es geht um den Kampf ums Überleben. Es geht um den Kampf um den Staat Israel, um den Kampf um die Wurzel der jüdischen Kultur. Ja, wir sagen, es ist unsere Staatsräson. Dadurch sind wir auch historisch mit Israel eins geworden. Wir sind vereint im Bewusstsein "Nie wieder!", aber auch im Bewusstsein: Das jüdische Volk darf nie wieder Opfer sein. Es darf sich verteidigen, und es darf um sein Leben und um seinen Staat kämpfen. Dieser Anspruch ist gerechtfertigt und legitim. Auch deswegen stehen wir an der Seite Israels;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

denn Israel ist viel, viel mehr als nur ein Land. Israel ist das Wissen um den Einen und den einen Menschen, um die eine Menschheit, so wie es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes heißt: "Die Würde des Menschen", die Würde jedes einzelnen Menschen von uns, "ist unantastbar." Die Eltern unseres Grundgesetzes postulierten nicht, die "Erwähltheit eines Volkes" ist unantastbar – nein, sie haben gesagt: die "Würde des Menschen". Es ist egal, ob dieser Mensch alt oder krank ist, ob er jung, reich oder arm ist. Egal, wen er liebt, und egal, woher er kommt: Die Würde ist zu verteidigen. Deshalb steht im zweiten Satz des Grundgesetzes: Sie, diese Würde, ist zu achten und zu schützen. Das ist die Verpflichtung jeglicher staatlichen Gewalt. Damit sind zuallererst wir gemeint. Jeder Einzelne von uns wird hier von unserem Grundgesetz in die Pflicht genommen. Deswegen ist unser Name "Israel". Deswegen haben wir diese Resolution beschlossen, und deswegen möchte ich schließen: Sh'manu Israel, Shalom Eretz Israel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Frau Präsidentin Dr. Knobloch, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Resolution und diese, wie ich finde, fast einhundert-

prozentig würdige Diskussion "Solidarität mit Israel – jüdisches Leben in Bayern stärken" ist ein wirklich starkes Signal, das die gesamte Bayerische Staatsregierung unterstützt. Damit setzt die Legislative, das Hohe Haus – das höchste Organ der Demokratie in unserem Land –, ein deutliches und wichtiges Signal. Wir verurteilen den brutalen und menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Ich weiß, in Bayern haben viele Menschen Freunde oder Verwandte in Israel. Wir trauern mit den Familien der Opfer und der Entführten. Unsere Gedanken sind bei ihnen. Wir fordern die Freilassung aller Geiseln und das Ende des Terrors durch den Iran und seine Verbündeten.

Das Existenzrecht Israels steht außer Frage. Die israelischen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Auch haben sie ein Recht auf Selbstverteidigung. Darüber hinaus hat Israel das Recht, seine Sicherheitsinteressen selbst zu definieren. Man muss sich immer vor Augen führen: Es ist ein Land, das, anders als wir in Mitteleuropa, nicht von Freunden umgeben ist, sondern das derzeit an sieben Fronten Krieg führt. Es ist ein Land, das von Feinden umzingelt ist, die nicht nur feindlich gesinnt sind, sondern die es zum Ziel, es im Fokus und als Staatsaufgabe haben, das Land Israel und seine Menschen auszulöschen. Diese dramatische und reale Bedrohung müssen wir uns hier im sicheren Europa deutlich stärker vor Augen führen. Der 7. Oktober des letzten Jahres war mindestens genauso traumatisch wie "Nine Eleven" für die westliche Welt oder für Amerika.

Man muss sich auch die Dimensionen vor Augen führen. Wir sprechen von 1.200 Menschen, die nur an diesem einen Tag in einem Land ermordet worden sind, das ungefähr 10 Millionen Einwohner hat. Würde man das auf 84 Millionen Deutsche hochrechnen, wären es 10.000 Menschen, die ums Leben gekommen und ermordet worden wären. Die 250 Geiseln wären umgerechnet 2.000 Geiseln. Dadurch wird die Dimension für uns alle deutlich stärker bewusst. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dieses Selbstverteidigungsrecht und vor allem das Recht Israels anzuerkennen, seine Sicherheitsinteressen selbst zu definieren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir sehen bei alledem natürlich immer das Leid der Zivilbevölkerung, auch das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die ihrerseits selber unter dem Terror der Hamas leidet. Deshalb fordern wir natürlich eine politische Lösung und begrüßen alle Friedensbemühungen, die stattfinden.

Doch zwei Dinge sind notwendig, um klarzumachen, unter welchen Voraussetzungen Frieden überhaupt vorstellbar ist, nicht theoretisch und abstrakt, sondern konkret. Die erste Voraussetzung lautet ganz einfach: Free them now! – Lasst die Geiseln frei!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das würde alles sehr viel näher an eine mögliche Friedenslösung bringen, als dies nicht zu tun.

Die zweite Voraussetzung ist, dass am Ende, egal wie die Friedenslösung aussieht, die Existenz des Staates Israels und seines Volkes gewährleistet sein muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann keine Friedenslösung geben, bei der nicht klar ist, ob Israel existiert, jetzt und in Zukunft.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin deshalb sehr dankbar für alle Solidaritätskundgebungen der Menschen überall in Bayern, allen voran die Solidaritätsbekundung unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in den letzten beiden Tagen, insbesondere durch die bewegende und gleichzeitig entschiedene Rede bei der Feier der Israelitischen Kultusgemeinde mit der israelischen Generalkonsulin gestern. Die Botschaft an die Menschen hier und an die Menschen in Israel lautet: Ihr seid nicht allein.

Es waren starke Zeichen, die von der Solidaritätskundgebung vorgestern am Odeonsplatz ausgegangen sind, eine wirklich großartige Kundgebung. Gestern war das gemeinsame Gedenken in der Münchner Hauptsynagoge. Besonders beeindruckend

und bewegend war für mich, liebe Frau Präsidentin Knobloch, das Bild, als Sie am Ende, nach der Rede, Dafna Gerstner umarmt haben. Die fast zweiundneunzigjährige Charlotte Knobloch, die Überlebende des Holocaust, umarmt die vierzigjährige Dafna Gerstner, die Überlebende des Terrors. Das, fand ich, war ein ikonisches, ein starkes Bild, das uns vor Augen sein sollte, wenn wir über Israel und die aktuellen Herausforderungen sprechen. Es macht uns die Gefühlswelt und die Gedankenwelt der jüdischen Menschen in Bayern und in Deutschland deutlich, und ich denke, auch die Gedankenwelt der Menschen in Israel, nämlich dieses Gefühl: "Hört das denn nie auf?" Sind wir denn niemals sicher? Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns als Freistaat Bayern, als bayerische Gesellschaft, klar zum "Nie wieder!" bekennen und zum "Ihr seid nicht allein".

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat sein Schutzversprechen in den letzten Tagen mehrfach wiederholt, das starke Schutzversprechen für die Jüdinnen und Juden im Freistaat, das in diesen Tagen ganz besonders gilt. Der Schutz der Freiheit, jüdisch leben zu können, ist ganz elementarer Bestandteil dieses Schutzversprechens und hat höchste Sicherheitsstufe.

Heute bekräftigen wir noch einmal, und wir haben es vorher auch im Kabinett getan: Staatsregierung und Landtag stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden. Meine Damen und Herren, jeder einzelne Übergriff auf Jüdinnen und Juden in Bayern ist ein Angriff auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage sehr deutlich: Der Kampf gegen Antisemitismus gehört zu den politischen Kernaufgaben Bayerns. In Bayern trifft jede Form von Antisemitismus, von Extremismus und Gewalt auf die volle Härte unseres Rechtsstaats.

Der mutmaßliche Terroranschlag vom 5. September in München ist verhindert worden, weil Bayerns Polizisten Einrichtungen wie das Generalkonsulat oder Synagogen in ganz besonderer Weise schützen, weil sie Einsatzkonzepte dafür haben und deshalb in der Lage sind, in kürzester Zeit die Situation zu bereinigen. Das ist auch ein Signal an potenzielle Täter: Wer Juden angreift, greift uns alle an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir wissen, der Auftrag ist so aktuell wie nie. Wehret den Anfängen! Die aktuellen Zahlen, die wir über antisemitische Vorfälle zur Kenntnis nehmen müssen, seien sie strafrechtlich relevant oder unterhalb der Strafrechtsschwelle, sind nach oben geschneilt. Wir müssen das sehr, sehr ernst nehmen, gerade nach dem Terroranschlag vom 7. Oktober im letzten Jahr. Wir haben das hier in der Debatte heute auch besprochen: die palästinensischen Demonstrationen, die immer wieder zu antisemitischen Vorfällen führen.

Meine Damen und Herren, wir sind wehrhaft, und ich glaube, ich kann für uns alle sagen: Unsere Gesellschaft und auch die staatlichen Institutionen in Bayern sind wehrhaft und halten diesem Ansturm stand. Gerade jetzt lautet der Auftrag weiterhin: Wehret den Anfängen! Nie wieder ist jetzt! Unsere Demokratie darf nicht wanken, und das Bollwerk gegen jede Form von Antisemitismus und Extremismus muss stehen, und zwar gegen jede Form von Antisemitismus und Extremismus, sei es die dumpfe gewalttätige rechte Art des Antisemitismus, sei es die brutale terroristische islamistische Art des Antisemitismus oder auch die besonders perfide pseudointellektuell verbrämte linke Art des Antisemitismus, gerade an den Universitäten.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage sehr deutlich – das haben wir auch während der Corona-Pandemie erlebt –: Am Ende jeder Verschwörungserzählung, egal ob sie von links, von rechts oder von Islamisten kommt, wird am Ende die hässliche Fratze des Antisemitismus sichtbar.

Gerade den Linken, den sogenannten Intellektuellen, mit all ihren Theorien und all ihrem Whataboutism, rufe ich zu: Schämt euch und macht euch vom Acker!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Was ist es denn für ein Hohn, dass ausgerechnet am Professor-Huber-Platz ein Camp stattfindet, das propalästinensisch, aber im Kern antisemitisch ist? Ausgerechnet am Professor-Huber-Platz! Was für ein Hohn, meine Damen und Herren.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass unsere Demokratie, unsere Institutionen, unser Verständnis von Meinungsfreiheit, von Meinungsvielfalt, das aushält. Das müssen wir denen deutlich machen, die genau diese liberale Ordnung bekämpfen, die wir für richtig halten. Das sind die Extremisten, das sind die Antisemiten, die am Ende ein illiberales System wollen, in dem gerade diese Form der Meinungsfreiheit und Meinungskundgebung überhaupt nicht mehr möglich wäre.

Diejenigen, die unsere liberale Ordnung zerstören wollen, sind es, gegen die Israel gerade kämpft. In dem Moment, in dem wir hier miteinander diskutieren, findet das in Israel statt: die Verteidigung unserer liberalen Welt. Meine Damen und Herren, das müssen wir uns immer vor Augen führen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Abschließend sage ich: Wir verstärken unsere engen Beziehungen zu Israel, wir schützen die Jüdinnen und Juden in unserem Land, wir reagieren auf jede Form von Antisemitismus schnell und mit voller Härte. Die Botschaft des Landtags und der Staatsregierung heißt: Wir stehen an der Seite Israels, wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden. Nie wieder ist jetzt!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Als weiterem Redner erteile ich dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches

Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, das Wort.

Dr. Ludwig Spaenle (Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung gegen Antisemitismus): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Frau Präsidentin! Vor zwei Tagen wurden die friedlichen Teilnehmer eines Schweigemarsches, der zum Gedenken an die israelischen Geiseln in Gaza stattfand, niedergebrüllt mit Sprüchen wie "Zionisten", "Faschisten", "Kindermörder". Das waren die, die sich vermeintlich selbst zu Anwälten der Menschen in Gaza machen. Diese machen sich zu den nützlichen Idioten der Hamas, die solche Dinge auf unseren Straßen brüllen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wer das Nova-Gelände in Israel mit diesem Wald der Erinnerung an Hunderte junger Menschen gesehen hat, wer mit einem Bauern dort gesprochen hat, der mit seinem Pick-up junge Menschen gerettet hat und der die Mörder gesehen hat, der gesehen hat, wie dort gemetzelt wurde, der muss sich darauf konzentrieren, worum es wirklich geht: Es geht um Solidarität mit Israel und den Menschen in Israel. Jüdinnen und Juden haben das größte Pogrom seit dem Holocaust erlebt. Es geht um Solidarität mit Jüdinnen und Juden in unserem Land. Es ist nicht hinnehmbar, dass deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens für politische Vorgänge, die schwierig und schlimm sind, die am Ostende des Mittelmeers stattfinden, in unserem Land in politische Geiselhaft genommen werden. Das geht nicht!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Es geht um Solidarität mit den Menschen in Israel, in Gaza, im Libanon und darum, Wege zu finden, im Heiligen Land wieder Frieden zu schaffen.

Die heute vorliegende Resolution der vier demokratischen Fraktionen in diesem Haus

(Widerspruch bei der AfD)

setzt ein sehr starkes Zeichen: Einheit, Solidarität und konkrete Handlungsempfehlungen für die Staatsregierung. Dies alles steht vor dem, was uns heute wie in den letzten Tagen in besonderer Weise bewegt: Hachziru otam habaita! – Bring them home now!

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem interfraktionellen Antrag der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Enthaltungen! – Damit ist der interfraktionelle Antrag bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion beschlossen.